

Herne braucht eine regelmäßige Sozialberichterstattung Soziale Not über dem Landesdurchschnitt

BSW-Ratsgruppe fordert Konsequenzen aus dem Sozialbericht NRW 2026

Der Rat der Stadt Herne hat den Antrag der BSW-Ratsgruppe auf eine regelmäßige jährliche kommunale Sozialberichterstattung in der Ratssitzung am 13. Oktober d.J. abgelehnt. Angesichts der Befunde des aktuellen NRW-Sozialberichts und der überdurchschnittlichen sozialen Belastungen in Herne hält die Ratsgruppe diese Entscheidung für einen schweren sozialpolitischen Fehler.

Der BSW-Antrag sah vor, vorhandene Daten zusammenzuführen, Entwicklungen und Unterschiede zwischen den Stadtteilen sichtbar zu machen und daraus konkrete Handlungsbedarfe abzuleiten. Der erste Bericht sollte spätestens im September 2027 vorliegen. Vorgesehen waren außerdem eine jährliche öffentliche Beratung und die Beteiligung von Verbänden, Beiräten und Menschen mit eigener Armutserfahrung. „Gerade eine Stadt mit den sozialen Problemen Hernes braucht eine verlässliche, öffentlich zugängliche Gesamtschau. Wer unseren Antrag ablehnt, muss erklären, wie soziale Fehlentwicklungen künftig frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen überprüft werden sollen“, erklärte Norbert Arndt, Stadtverordneter der BSW-Ratsgruppe Herne.

Die wichtigsten Vergleichszahlen zeigen den Handlungsdruck

Der aktuelle „Sozialbericht NRW 2026“ beschreibt die soziale Lage überwiegend anhand von Daten für 2024. Ergänzende Regionaldaten zeigen, wie stark Herne betroffen ist:

Kennzahl, jeweils Ende 2024	Herne	NRW
Anteil der Bevölkerung mit sozialer Mindestsicherung	16,8 %	11,1 %
Anteil der unter 18-Jährigen mit sozialer Mindestsicherung	27,0 %	17,3 %
Anteil der Menschen oberhalb der gesetzlichen Altersgrenze mit Grundsicherung im Alter	6,1 %	5,3 %

In Herne erhielten Ende 2024 insgesamt 26.126 Menschen Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Die Gesamtquote lag rund 51 Prozent über dem NRW-Durchschnitt. Unter den Minderjährigen war mehr als jedes vierte Kind beziehungsweise jeder vierte Jugendliche auf diese Leistungen angewiesen. Der Abstand zum Landeswert betrug hier 9,7 Prozentpunkte. Die Zahlen zum Leistungsbezug erfassen dabei nicht sämtliche Menschen, die von Armut betroffen sind.¹

Gerade Kinder benötigen verlässliche Unterstützung

„Wenn mehr als ein Viertel der Minderjährigen von Mindestsicherungsleistungen lebt, betrifft das die Zukunft unserer Stadt. Es geht um Bildungschancen, Gesundheit, Freizeit und die Möglichkeit, selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Kinder brauchen verlässliche Unterstützung“, so Arndt.

¹ (Quellen: Sozialbericht NRW 2026, S. 88; IT.NRW, Gemeindetabelle zur Mindestsicherung 2024; IT.NRW/LWL zur Grundsicherung im Alter.)



Grundsicherung im Alter steigt

Auch bei älteren Menschen hat sich die Lage verschärft: Die Herner Grundsicherungsquote im Alter stieg von 4,5 Prozent im Jahr 2020 auf 6,1 Prozent 2024. Landesweit nahm sie im gleichen Zeitraum von 4,2 auf 5,3 Prozent zu. Herne verzeichnete damit einen stärkeren Anstieg als NRW insgesamt. Neuere Daten zum Wohngeld bestätigen den Unterstützungsbedarf beim Wohnen: Ende 2025 erhielten in Herne 6 Prozent aller Haushalte Wohngeld, landesweit waren es ungefähr 4 Prozent. Diese Zahlen ergänzen den Sozialbericht.

Der Landesbericht zeigt: Armut ist kein Randproblem

Laut Sozialbericht NRW 2026 waren 2024 landesweit 17,8 Prozent der Bevölkerung von relativer Einkommensarmut betroffen. Selbst unter Erwerbstätigen lag der Anteil bei 8,7 Prozent. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen stieg zwischen 2020 und 2023 zwar nominal, blieb preisbereinigt jedoch nahezu unverändert.

Für die BSW-Ratsgruppe folgt daraus: Erwerbsarbeit muss vor Armut schützen, Renten müssen ein würdiges Leben ermöglichen und steigende Wohnkosten dürfen geringe Einkommen nicht aufzehren.

Vorhandene Daten müssen zu überprüfbarer Sozialpolitik führen

Herne verfügt bereits über Fachberichte und ein kleinräumiges Monitoring. Der BSW-Antrag sollte diese Grundlagen zu einer verbindlichen jährlichen Gesamtschau zusammenführen. Entscheidend ist, Entwicklungen regelmäßig öffentlich zu beraten und festzuhalten, welche Maßnahmen wirken und wo Versorgungslücken bestehen.

Die BSW-Ratsgruppe hält an ihrer Forderung für eine jährliche Sozialberichterstattung fest. Ein Bericht mit konkreten Zielen gegen Kinder- und Altersarmut, für bezahlbarem Wohnraum sowie leicht erreichbarer Sozial- und Schuldnerberatung.

Bund und Land in denen CDU, SPD und Grüne regieren, müssen die Kommunen dafür ausreichend finanzieren.

„Ein Sozialbericht allein beseitigt keine Armut. Aber ohne regelmäßige Bestandsaufnahme und Erfolgskontrolle bleibt Sozialpolitik Stückwerk. Wir werden weiter dafür eintreten, dass soziale Not in Herne sichtbar gemacht und wirksam bekämpft wird“, erklärt Arndt.

Norbert Arndt
Stadtverordneter